

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2,00 M., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 925.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaaltene Postzeitung oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 247.

Donnerstag, den 21. Oktober 1915.

22. Jahrg.

Das „große“ Jahr.

Im neuesten „Simplicissimus“ findet sich eine wunderhübsche Strichzeichnung Th. Th. Heines: Großpapa im Lehnstuhl erzählt dem Sohne und den aufhorchenden Entkellnern Geschichten aus der Vergangenheit:

„Ja, Kinder, das Jahr 1915 war eine große Zeit — da verdiente man an Kriegslieferungen 90 000 Mark an einem Tage!“

Die blutige Satire zeichnet mit einem einzigen Strich den ungeheuerlichen ungelunden Zustand, in dem das Wirtschaftslieben dieser Tage sich befindet. Keine noch so ausführlichen Darlegungen können den Kern der Sache besser treffen. Trotzdem verdienen die Auslassungen, die der bekannte Schriftsteller H. v. Gerlach in der „Welt“ am Montag über die „unvermeidliche Teuerung“ macht, Beachtung und weitere Verbreitung. Sie zeigen aufs deutlichste, wie die Lebensmittelpolitik der Regierung ein gerüttelt Maß von Schuld an der gegenwärtigen Teuerung trägt. Doch lassen wir Gerlach selbst das Wort:

Durch Zufall bin ich

Aktionär der Zuckerrübe

Kruschwitz (nicht Großaktionär etwa, ganz kleiner nur). Im vorigen Jahre mußte ich mit Bedauern die Mitteilung entgegennehmen, daß die Dividende 0,0 betrage. Mit Interesse sah ich deshalb natürlich dem diesjährigen Geschäftsbericht entgegen.

Er hub trübe genug an:

Im vergangenen Betriebsjahr hatten wir infolge des Krieges mit vielen und großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Mitten in der Kampagne wurde sowohl unsere Rübenbahn als auch die gesamte Fabrikanlage durch die Heeresverwaltung beschlagnahmt, so daß wir den Betrieb für beinahe zwei Monate unterbrechen mußten. In der zweiten Betriebsperiode erreichten wir dann wegen ungenügender Rübenzufuhr nur die Hälfte der üblichen Tagesernte. Infolge Beschlagnahme der Rübenbahn konnte ein Teil der Rübenproduzenten die angebauten Rüben überhaupt nicht zur Ablieferung bringen. Viele Rüben wurden verfault oder anderweitig verkauft und nicht unbedeutende Mengen sind bei den Produzenten erfroren und verkauft. Das an uns nicht zur Ablieferung gelangte Rübenquantum schätzen wir auf rund eine Million Zentner.

O weh, sagte ich mir, wenn die Sache so schlecht gestanden hat, da wird es wohl nicht nur keine Dividende, sondern einen ganz erheblichen Verlust geben. Etwas beruhigt war ich erst, als ich ein paar Zeilen weiter von dem „trotz der erhöhten Unkosten und der bedeutenden Verluste durch den Krieg“ dennoch erzielten „verhältnismäßig günstigen Gesamtergebnis“ las. Trotzdem traute ich meinen Augen kaum, als ich zum Schluß die Ankündigung einer Dividende von — 15 Prozent fand!

Donnerweiter! Als Aktionär kann man sich ja eine Gesellschaft gefallen lassen, die trotz einer Fülle von Widrigkeiten, Produktionshemmungen, Betriebsunterbrechungen, Materialverlusten usw. es fertigbringt, ihre Dividende gegen das Vorjahr

von 0 auf 15 Prozent zu steigern.

Als Politiker aber fragt man sich sofort: wie war es denkbar, daß an einem Nahrungsmittel im Kriegsjahr trotz ungünstigster Produktionsbedingungen so fabelhaft viel verdient werden konnte?

Die Aufklärung darüber lieferte auch der Geschäftsbericht mit einigen trocknen und doch so sprechenden Zahlen. Die Produktionskosten pro Zentner Zucker sind um 1,17 Mark, die Einnahmen dagegen um 2,34 Mark, also genau um das Doppelte gestiegen! Der Reingewinn pro Zentner Zucker hat sich gegen 1914 von 37 Pfg. auf 1,54 Mark gesteigert. Die hohen Zuckerpreise haben die Schäden des Kriegsjahres nicht nur ausgeglichen, sondern auf Kosten der Konsumenten den Produzenten einen riesigen Extraprofit zugeführt.

So natürlich nicht nur bei Kruschwitz, sondern mehr oder minder bei allen Zuckerrübenfabriken überhaupt. Ich lasse die Betriebsergebnisse einer Anzahl von bekannten Zuckerrübenfabriken folgen, indem ich die

Dividenden des Kriegsjahres

neben die des vorhergehenden Friedensjahres stellen:

Fabrik	0 Prozent	4 Prozent
Trachenberg	0	5
Behburg	0	5
Jütich	0	6
Dirschau	0	8
Alt-Jauer	4	7 1/2
Neumark	6 1/2	9
Körbisdorf	4 1/2	12
Brühl	4	14
Tröbeln	11	16
Breschen	14	18
Höfstein	6	18
Glauchitz	8	20
Tuczno	15	30
Schroda	24	40

Für eine Reihe von Zuckerrübenfabriken bedeutet die Dividende von 1915 einen Rekord.

den höchsten Gewinn seit ihrer Begründung. Glauzig z. B. besteht seit 1872 und überholt seine in 43 Friedensjahren einmal erzielte Höchstdividende von 15 Prozent diesmal um 5 Prozent. Kriegsjahr — Segensjahr!

Uebrigens ist zu beachten, daß die gewaltigen Dividenden noch lange nicht die ganze Summe des Kriegsgewinns darstellen. Teils um ihn nicht für das Publikum zu erschreckend hoch erscheinen zu lassen, also um ihn zu verstecken, teils aus anderen Gründen wird ein besonderer hoher Teil des Reingewinns in Form von gewaltigen Abschreibungen, Vorträgen für das nächste Jahr, Zuschreibungen zum Reservefonds, Bildung von Spezialreservefonds usw. verbucht. Fast bei jeder einzelnen Zuckerrübenfabrik lassen sich zum Beweis dessen die lehrreichsten Zahlen anführen.

Präsident Kautz, der Spezialist für Lebensmittelfragen, hat im Namen des Reichsamts des Innern der Stadtverwaltung Karlsruhe auf eine Eingabe erwidert, hohe Lebensmittelpreise seien ein an sich sehr bedauerlicher, indes durch den Krieg unvermeidlicher Mangelzustand.

Die Behauptung ist richtig, soweit es sich um Lebensmittel handelt, die wir in Friedenszeiten aus dem Ausland beziehen. Sie ist unrichtig, soweit es sich um Dinge handelt, die wir im Inland zur Genüge produzieren können. Die Steigerung der Zuckerpreise ist nicht die unvermeidliche Folge des Krieges, sondern sie ist die Folge einer

verfehlten Zuckerpolitik.

die durch richtige Maßnahmen zu vermeiden gewesen wäre. Deutschland ist das größte Zuckereportland der Erde. Als der Krieg ausbrach und unserm internationalen Handel ein jähes Ende bereitete, hatten wir etwa 12 Millionen Zentner Zucker mehr zur Verfügung, als normalerweise im Inland konsumiert werden. Wenn die Regierung nicht stat, mußten die Zuckerpreise zum Besten der Konsumenten erheblich sinken.

Aber die Regierung griff ein. In diesem Falle ausschließlich im Interesse der Produzenten. Die Zuckerpreise wären nach Annahme maßgebender Zuckerindustrieller bei freiem Verkehr auf 5 bis 6 Mark pro Zentner gesunken. Die Regierung setzte einen Mindestpreis von 9,50 Mark fest. Und sie traf im Laufe des Winters und Frühjahrs eine Maßregel nach der anderen, die den Zuckerproduzenten zugute kam.

Sie gestattete die Ausfuhr in sehr erheblichem Umfang. Sie führte eine Sperre ein, wodurch der Zucker nur allmählich an den Markt gebracht werden konnte, was den Zucker zeitweise knapp machte und die Preise natürlich hoch hielt. Sie gab eine Menge Zucker an die Brennereien frei, wobei sie die Zuckerabgabe von 14 auf 2 Mark ermäßigte. Sie erließ die Zuckerabgabe gänzlich bei den großen Quanten Zucker, die für Futterzwecke zur Verfügung gestellt wurden. Sie führte die Reports ein, die den Zuckerpreis von Monat zu Monat erhöhten und zur Zurückhaltung des Zuckers führten. Sie hat nach und nach den Zuckerpreis gegen 9,50 Mark im vorigen Herbst auf 12,50 Mark erhöht.

So ist eins der wenigen Lebensmittel, das wir zu Friedenspreisen haben könnten,

künstlich verteuert

worden. Die Zuckerindustriellen und die Aktionäre der Zuckerrübenfabriken haben riesige Kriegsgewinne eingestekt. Es wäre wahrhaftig kein Unglück gewesen, wenn sich in diesem Kriegsjahr die Zuckerrübenfabriken mit 4—6 Prozent Dividende hätten begnügen müssen. Statt dessen erleben wir die phantastischen Gewinne weniger auf Kosten der vielen.

Ich habe die Zuckerfrage absichtlich so ausführlich behandelt, weil sich hier an der Hand einwandfreien Materials mathematisch genau nachweisen läßt, daß die Konsumenten um Millionen und aber Millionen (Sachkenner berechnen die Gesamtsumme der dem Publikum unnötigerweise außer-

legten Zuckerteuerung auf über 120 Millionen Mark) zugunsten der Produzenten geschädigt worden sind.

Es handelt sich hier um einen der mancherlei lächerlichen Reste, die uns noch aus der

einseitigen Produzentenpolitik in Friedenszeiten

haften geblieben sind. Jeder vernünftige Konsument gönnt den Produzenten, daß sie über ihre Produktionskosten hinaus aus einem mäßigen Gewinn erzielen. Begegnen das Publikum aber bei der steigenden Teuerung sich mit steigender Erbitterung wendet, das ist, daß nicht mäßige, sondern unmäßige Gewinne erzielt werden.

Deshalb die starke Mißbilligung über die halben Maßregeln, die in der Kartoffelfrage ergriffen worden sind. Schon im vergangenen Jahre haben die Landwirte ihre Kartoffeln glänzend verwertet. Dies Jahr stehen sie vor einer Refordernte. Selbst wenn sie den Zentner zu 2 Mark verkaufen müßten, schnitten sie ausgezeichnet ab. Aber immer wieder müssen wir aus einzelnen Teilen Deutschlands hören, daß Preise bis zu 5 Mark verlangt werden. So etwas dürfte nicht vorkommen, wenn endlich die unumgängliche nötige Konsumentenpolitik getrieben würde.

Brennend ist die Frage des Preises für Butter, Fett und Speck geworden. Jedermann weiß, daß die Knappheit Teuerung hervorgerufen muß. Aber

ist das Maß der Teuerung gerechtfertigt?

Es mutet doch wie ein Stücklein aus dem Tollhaus an, wenn aus einer ostpreussischen Stadt gemeldet wird, daß an einem Markttag der Preis der Butter von 2,50 Mark auf 3,50 Mark emporgeschneit sei. Riesenhafte Preisdifferenzen existieren je nach der geographischen Lage. Da kann etwas nicht stimmen.

Viererteil scheint uns in der Frage der Teuerung notwendig, es muß gefordert werden:

1. daß die vorhandenen Vorräte schnellstmöglich festgestellt und jeder spekulativen Zurückhaltung unmissverständlich entgegengetreten werde;
 2. daß die Preise nicht nach dem, durch den Krieg aufgestellten, Grundgesetz von Angebot und Nachfrage, sondern nach den Produktionskosten festgestellt werden;
 3. daß aus dem Ausland eingeführt werde, was sich irgend hereinholen läßt;
 4. daß die vorhandenen Vorräte der Bevölkerung gleichmäßig zur Verfügung gestellt werden.
- Scheinbar widersprechen sich zwei dieser Forderungen: mögliche Ermäßigung der Preise und möglichst hohe Einfuhr. Nur der hohe Preis kann die Einfuhr anziehen. Sehr richtig! Aber warum greift man nicht zu dem System der Einfuhrprämien? Wenn das Reich zugunsten der Kartoffelproduzenten im Frühjahr riesige Zuschüsse leistete, warum soll es jetzt nicht durch Prämien Butter, Fett und Speck aus dem Ausland unserer armen Bevölkerung zuzuführen versuchen?

Eins jedoch vor allem tut not! Wenn wir uns mit dem Fetten so einrichten müssen, so soll das ganze Volk gleichberechtigt diese Härte des Krieges zu spüren bekommen. Wie beim Brot, so beim Fett. Das

Privileg des großen Geldbeutels

muß nach Möglichkeit ausgeschaltet werden. Ganz wird es ja nicht gehen. Selbst bei einer Regelung des Bezugs lassen sich die Preise nicht so herabdrücken, daß der arme sich das selbe Quantum Butter, Fett usw. leisten kann wie der Reiche. Aber ein gewisser Ausgleich muß zu erzielen sein gegenüber der heutigen wilden Planlosigkeit, die zu einer ungeheuerlichen Benachteiligung der Ärmsten führt.

Die Teuerung ist unvermeidlich. Aber die Teuerung ist vermeidlich, die heute herrscht. Es muß nur endlich die Regierung sich resolut auf den genau entgegengekehrten Standpunkt stellen, den sie in der Zuckerfrage eingenommen hat.

Von den Kriegsschauplätzen.

Auf den Schlachtfeldern im Westen und Osten hat sich am Dienstag nichts Bemerkenswertes ereignet, dagegen sind in Serbien sowohl auf deutsch-österreichischer, als auch auf bulgarischer Seite bedeutende Fortschritte zu verzeichnen. Oesterreichisch-ungarische Truppen dringen auf Sabac vor, um die letzte der drei an der Nordgrenze Serbiens liegende Festung zu nehmen. Die Bulgaren haben südwestlich von Egri Palanka den Berg Sultana Tepe „durch schnelles Zufassen“ in die Hand bekommen. Dieser Berg beherrscht die Straße Küstendil—Egri Palanka—Rumanovo, sowie den Zugang ins untere Bregalnitzatal. Sultan Tepe gehört zur Ojogostia Planina, der Berg ist die höchste Erhebung (2104 Meter) des Gebirgszugs auf serbischem Boden. Der nordöstlich davon gelegene Ruzen (2228 Meter) liegt in bulgarischem Gebiet. Der Höhenzug der Ojogostia Planina fällt nach Westen auf das Schlachtfeld (Ostische Polje) ab, an dessen südwestlichem Rand der Wardar vorbeistreichet. Da die Bulgaren bereits die Linie Egri Palanka—Jitip überschritten hatten, somit auch im Besitz des Blazhovitza-Gebirges sind, das südlich in dem großen Bregalnizabogen eingelagert ist, so sind die strategisch wichtigsten Punkte dieses Teils von Serbisch-Mazedonien in den Händen der bulgarischen Armee.

nitzatal. Sultan Tepe gehört zur Ojogostia Planina, der Berg ist die höchste Erhebung (2104 Meter) des Gebirgszugs auf serbischem Boden. Der nordöstlich davon gelegene Ruzen (2228 Meter) liegt in bulgarischem Gebiet. Der Höhenzug der Ojogostia Planina fällt nach Westen auf das Schlachtfeld (Ostische Polje) ab, an dessen südwestlichem Rand der Wardar vorbeistreichet. Da die Bulgaren bereits die Linie Egri Palanka—Jitip überschritten hatten, somit auch im Besitz des Blazhovitza-Gebirges sind, das südlich in dem großen Bregalnizabogen eingelagert ist, so sind die strategisch wichtigsten Punkte dieses Teils von Serbisch-Mazedonien in den Händen der bulgarischen Armee.

Die Meldungen aus privater Quelle stimmen darin überein, daß die Serben sich mit einer jähen Verzweiflung wehren; alle männlichen Personen im Alter von 15-65 Jahren sollen unter die Waffen berufen worden sein. Wie vor gestern schon meldeten, greift auch die Zivilbevölkerung, einschließlich der Frauen und Kinder, in den Kampf mit ein. Der Völkerring ist entbrannt; er macht den verbündeten Truppen natürlich viel zu schaffen und wird bittere Folgen für das arme, serbische Volk zeitigen.

Der russische Zar hat einen Erlaß gegen Bulgarien, den „Verräter der slawischen Sache“, herausgegeben und den Krieg wegen des Treubruchs Bulgariens angekündigt.

England und Frankreich planen besetzte Noten an Griechenland wegen der Auslegung des serbisch-bulgarischen Bündnisvertrages. „Und bist Du nicht willig, so brauch' ich Gewalt!“

Ueber die Stimmung in Griechenland veröffentlicht der „Matin“ einen durch seine relative Ehrlichkeit auffallenden Bericht seines Athener Korrespondenten. Der französische Journalist erklärte u. a.: „In einem so bedeutungsvollen Augenblicke darf man sich keiner gefährlichen Selbsttäuschung über die Stimmung in Athen hingeben. Venizelos hat mit seiner Politik, die sich auf reifliche Verständigung mit den Verbündeten gründete, endgültig ausgespielt. Diese Richtung wird auf der politischen Bühne nicht mehr erscheinen, denn mit seinem Sturz hat Venizelos gleichzeitig das Vertrauen des Volkes verloren, das er bis zum Tage seines Falles besaß. König Konstantin ist stets höchst erzürnt, wenn man ihn als deutschfreundlich hinstellt. „Bevor ich der Schwager des deutschen Kaisers bin, bin ich der König von Griechenland“, so erklärt er jederzeit. Niemand zweifelt an dem Worte des Königs. Aber da Konstantin von dem Entschlusse Deutschlands überzeugt ist, will er das Schicksal Griechenlands nicht aufs Spiel setzen, indem er der Politik Venizelos' freien Lauf läßt. Es muß hinzugefügt werden, daß die Umgehung des Königs und der ganze Generalstab von der gleichen Ueberzeugung befeuert ist. Konstantin wird also die absolute Neutralität Griechenlands solange als möglich erstreben zu erhalten suchen. Es ist auch sicher, daß er jedenfalls nicht gegen Serbien die Waffen ergreifen würde. Trotz aller Diskussionen, die die Politiker um diese Frage führen, wird der König diesen seinen Standpunkt nicht ändern. Was nun die Gefühle des griechischen Volkes anbelangt, so muß frei heraus gesagt werden, daß sich die Neigungen der Griechen in der letzten Zeit sehr verändert haben. Die Mehrheit der öffentlichen Meinung ist zweifellos noch immer sehr französischfreundlich, aber die Mißstimmung gegen England wächst täglich mit jedem Tage, besonders seit den letzten Balkan-Erklärungen Sir Edward Grens. Außerdem aber hat der russische Rückzug auf die einfachen Gemüter (1) den tiefsten Eindruck gemacht, da sie glauben, daß Rückzug gleichbedeutend mit Niederlage ist. Das griechische Volk, das vor sechs Monaten Venizelos blindlings gefolgt wäre, fürchtet heute den Krieg aufs Außerste, und ist mehr als einverstanden mit der Neutralitätspolitik der Krone.“

Ueber Rumäniens Haltung sind jetzt die Blätter wieder sehr voll. Man ratet hin und her, was Rumänien tun wird. Nach einem Bukarester Telegramm beantwortet man dort die Frage wie folgt: „Heute ist es für niemand mehr zweifelhaft, daß die Neutralität nur kurze Zeit noch festgehalten werden kann, und die Zeit ist nahe, daß auch Rumänien auf dem Plan des Weltkrieges wird erscheinen können. Nach der heutigen verzweifeltsten Lage der Vierverbändemächte ist es nicht schwer voranzusehen, bei welcher Gruppe der Kriegführenden Rumänien seinen Platz einnehmen wird. Die Aktion Rumäniens wird erfolgen, wenn der Erfolg gesichert erscheint, und dieser Zeitpunkt scheint den bisherigen Gegnern der Entente gekommen zu sein.“

Die Kriegslage.

Wien, 20. Oktober. Amlich wird berichtet:

Russischer Kriegsausflug.
Im Gebiet von Kalki dauerten, ohne daß es zu einer Aenderung in der allgemeinen Lage gekommen ist, die Kämpfe auch gestern an. An der Petikofka erbeutete auf einem Streifkommando das Infanterieregiment 49 bei der Demolierung eines russischen Panzerzuges, dessen Lokomotive einige hundert Schritte vor unierer Stellung einer Granatartillerie erhielt, 2 Maschinengewehre, zahlreiche japanische Handfeuerwaffen, viel Munition und Kriegsmaterial. Sonst im Nordosten nichts Neues.

Italienischer Kriegsausflug.
Das starke Artilleriefeuer gegen unsere Stellungen an der Front hielt auch gestern den ganzen Tag an. Gegen die Hochfläche von Doherde nahm es in den Nachmittagsstunden noch an Heftigkeit zu. Die italienische Infanterie griff im Kra-Gebiet, gegen den Rücken des von Tolmeina, dann gegen den Monte Sabotino, Monte Michele und östlich von Bormegliano an. Sie wurde überall unter großen Verlusten abgeschlagen. Auch an der Tiroler Front hat es gestern zu größeren Kämpfen. Bei Tre-Sassi und auf der Hochfläche von Silgerentz löschten unsere Truppen je zwei Angriffe ab; die Gefolge bei Tre-Sassi führten hellenweise zum Handgemenge. In Judicaria, wo der Feind in der letzten Zeit gleichfalls eine erhöhte Tätigkeit entfaltet, gegen die unsere vorgeposteten Abteilungen auf die Hauptwiderstandslinie zurück.

Süditalienischer Kriegsausflug.
Die in der Marea nordwestlichen österreichisch-ungarischen Truppen nähern sich Sabac bei Riponj; jedoch ist Groda warjen wir den Feind aus seiner dort besetzten Höhenstellung. Deutsche Streiftruppe erkämpfte sich südlich Savandria den Ueberweg über die untere Ralja. Wir gewannen südlich Pozarevac einen neuen Posten. Die Bulgaren entziehen dem Feinde partei Stellungen auf dem Sultana-See, südwestlich von Egri Palanica. Sie nahmen, gegen Komarowa vorrückend, 2000 Serben gefangen und erbeuteten 12 Geschütze.

Gegen Frankreich und Belgien.

Verwaltungsanordnungen für Belgien.

Der Generalgouverneur fordert erneut alle Personen, die während des Krieges einen feindlichen Heere ange-

hört haben und sich im Gebiet des Generalgouvernements aufhalten, und alle diejenigen, die im Auftrage einer feindlichen Regierung hergekommen sind, auf, ihrer Meldepflicht binnen 24 Stunden nachzukommen. In diesem Falle wird ihnen Straffreiheit zugesichert. Der Generalgouverneur wird sich mit ihrer Abführung als Kriegsgesangene begnügen. Wer aber nach dieser Frist ergriffen wird oder solchen Personen Unterkunft, Nahrung oder sonstige Unterstützung gewährt, hat strengste Bestrafung nach dem Kriegesrecht zu gewärtigen. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß Reisenden nicht gestattet ist, ungeprüfte Geschäftspapiere, Kataloge oder ähnliche Schriftstücke mit über die Grenze nach Belgien einzuführen. Die Grenzstation Herbsthal ist nicht in der Lage, die Prüfung vorzunehmen. Es muß daher zur Vermeidung von Schwierigkeiten dringend angeraten werden, vor Antritt einer Reise nach Belgien die mitzuführenden Schriftstücke zur Prüfung einer Postüberwachungsstelle vorzulegen, wo sie entweder einzeln abgestempelt oder in Bündel gepackt und versiegelt werden. In gleicher Weise ist eine Prüfung der nicht abgestempelten Schriftstücke bei einer Postüberwachungsstelle in Belgien vor Antritt der Rückreise nach Deutschland zu veranlassen.

Gegen Italien.

Neue Kriegsteuern und amerikanische Anleihe.

In der letzten Kabinettsitzung wurde beschlossen, eine Wehrsteuer von sechs bis mehreren hundert Lire und Gebühren auf postlagernde Sendungen und Telegramme einzuführen; erhöht werden die Kinosteuer und Stempelgebühren. Das Jahreserträgnis der neuen Maßregeln wird auf 50 Millionen angeschlagen, jedoch mit den 50 Millionen im September einbehaltenen Neulasten Italien bisher hundert Millionen dauernde Kriegsteuern eingeführt hat. — Wie aus New York mitgeteilt wird, erhält Italien eine Anleihe von 25 Millionen Dollars zu 6 Prozent auf ein Jahr.

Der Balkankrieg.

Der bulgarische Heeresbericht

Am 18. Oktober lautet: Gestern setzten unsere Truppen ihr Vordringen auf serbischen Gebiet auf der ganzen Front fort. Im Morava-Tale eroberten wir Branje, wodurch die Eisenbahnlinie Mostib-Nisch abgeschnitten ist. Beim Einzug in Branje empfing die Bevölkerung unsere Truppen mit Zinnschellen und weißen Fahnen, um kurz danach unsere abzunehmenden Soldaten mit einem Haufen von Geschossen zu überschütten. Unsere Truppen sind im Vordringen von Criv Palanica gegen Stracin. Sie nahmen ein serbisches Bataillon mit drei Offizieren gefangen. Im Pregalnicar Tale eroberten unsere Truppen Koshana und dringen weiter gegen Weiten vor. Im Timok-Tale besetzten sie die Linie Tscherni-Nisch-Dorf Charboner-Dorf Witschewac-Dorf Ballanac-Novo-Belac-Berhanovic. Sie nahmen südlich des Wlajina-Sumpfes die Höhe Vandsin Grab. Der Angriff auf diese Höhe wurde unter Teilnahme unserer Kavallerie durchgeführt, die 100 Serben niedergemacht und 50 gefangen genommen hat. Infolge des mutigen Angriffs von Norden aus, der mit geliebten Verbänden von Süden verbunden war, bemächtigten sich unsere Truppen eines strategisch wichtigen Punktes des Sultana-Sees. An der Front bei Stracin wurden über 2000 Gefangene gemacht und 100 Geschütze erbeutet.

Die Entsendung der bulgarischen Heeresmacht

Jetzt, daß Frankreich und England die Angehörigen dieses Landes einschließen werden. Die in England weilenden Bulgaren sollen nach Karada gebracht werden. Die bulgarische Regierung hat vorläufig nicht die Absicht, die ruhig hier lebenden Angehörigen der Kriegführenden Länder irgendwie zu hören, wird aber Verzeigung üben, falls die englisch-französischen Absichten einer barbarischen Kriegsführung verwilligt würden. Die Sperrung der bulgarischen Küste am Ägäischen Meer macht keinen Eindruck, da die tatsächliche Sperre gegen alle Regeln des Völkerrechts von England schon seit Monaten gegen die bulgarische Küste ausgeübt wurde. In den mazedonischen Städten sind überall, soweit die bulgarische Besetzung reicht, die bulgarischen Schulen wieder eröffnet worden.

Vom bulgarischen Vorstoß

Wiegen viele Berichte vor. Wir verzeichnen die wichtigsten. Der Sofioter Berichterstatter des Blattes „A Bllag“ meldet: Die bulgarische Artillerie leistet in der Bezwingung feindlicher Stellungen Hervorragendes. Die Geschosse der bulgarischen schweren Artillerie fallen bereits in die Straßen von Pirat, dessen Vorwerke Krucac und Prisan nach zweitägigem Widerstand von den Serben aufgegeben wurden. Bei Krucac erlitten die Serben schwere Verluste, die Bulgaren erbeuteten bedeutende Mengen von Kriegsmaterial. Die Serben widerstehen erbittert und bringen große blutige Opfer. Am blutigsten ist der Kampf bei Palanodowo, wo die bulgarische Artillerie besondere Wirkungen erzielt. Einzelne Vorposten gelangten bis zum Parbar und beschädigten die Brücke zwischen Mirvoce und Kodanci. Bei Negotin ist die Lage bereits sturmreif. Koshana wurde von mazedonischen Truppen genommen, die jetzt gegen Plawo marschieren. Am anderen Ufer der Pregalnica nahmen sie bereits Tronece und dringen gegen Bur Sowo vor. Die Bulgaren marschieren gegen Kumanowo weiter.

Die „Grazar Tagespost“ meldet aus Sofia: Die aus Treita Juka an der Topolonica mit unumwundeltem Glanz vordringenden bulgarischen Truppen haben nach eintägigem heftigen Artilleriekampfe Zajcar besetzt und damit den Mittelpunkt der Eisenbahnlinie Negotin — Nisch in Besitz genommen. Dadurch haben die vor Negotin stehenden serbischen Truppen ihren Stützpunkt verloren, wodurch ihnen der Rückzug abgeschnitten ist. Die von Kalibogdas ausgegangene Heere sind in Kuzajevac eingedrungen. Der Kommandant dieser Truppen hat nach verzweifeltem Kampfe Balenac besetzt. Damit sind die meist bestfestigten Verteidigungspunkte der nach Nisch führenden Eisenbahnlinie in die Hand der Bulgaren gefallen. Mit Hebenmut jagen die Serben auch die kleinsten Punkte zu halten, weshalb die meisten Stellungen im Bajonettsturm genommen werden müssen.

Der Spezialkorrespondent des Pester Lloyd meldet: Die Einnahme von Branje wurde in Sofia mit großer Befriedigung aufgenommen, da durch dieses Ereignis die Eisenbahn zwischen Saloniki und Serbien unterbrochen, die serbische Armee getrennt und ihre Verbindung mit den Hilfstruppen

der Entente vernichtet ist. Auch neutrale Meldungen bestätigen, daß die Lage der Serben in dieser Gegend sehr ernst ist. Nach anderen Nachrichten befinden sich starke serbische und Ententetruppen auf dem Vormarsch auf Strumiza. Auf der ganzen Front von der rumänischen bis zur griechischen Grenze sind heftige Kämpfe im Gange. In Saloniki traf ein Eisenbahnzug mit Archiven und dem Geldbestand der serbischen Nationalbank ein, der von den Bulgaren unterwegs angegriffen worden war.

Das Deutsche Volksblatt in Wien berichtet, daß der bulgarische Vorstoß bereits Nisch bedroht. Auch die Drahtverbindung Saloniki-Nisch soll bereits gestört sein. Bulgarische Truppen zogen in die mazedonischen Städte Stip und Radobist ein.

Oesterreichischer Protest in Griechenland.

„Ehon Republicain“ meldet aus Athen: Der österreichisch-ungarische Gesandte protestierte im Auftrage seiner Regierung dagegen, daß es den Alliierten gestattet war, Truppen in Saloniki zu landen, und gegen die Besetzung der Eisenbahnlinien Saloniki-Monastir und Saloniki-Ueskub durch die griechische Verwaltung sowie gegen die Entlassung des österreichisch-ungarischen Betriebspersonals.

Neue Truppenlandungen in Saloniki.

Wie der „Temps“ aus Athen meldet, landen französische und englische Truppen unausgeseht in Saloniki. Die Franzosen bilden indeß die Mehrzahl. Da die Eisenbahnlinie für den Transport ungenügend ist, werden große Truppenmengen auf den Straßen in Eilmärschen nach dem Norden geschafft. Nach der „Stampa“ sind die bis jetzt in Saloniki gelandeten 30 000 Ententetruppen ausschließlich von Gallipoli wegenommen worden. Englische Truppen besetzen trotz formeller Verwahrung die Gendarmerie- und Hafenbureaus in Saloniki.

Der Druck gegen Griechenland.

Der Vierverband lehnte auch den dritten Protest Griechenlands ab und ordnete die militärische Besetzung der Eisenbahnlinie Saloniki nach Serbien an. — Auf die vorgelegte Note Englands und Frankreichs an Griechenland über die Auslegung des serbisch-griechischen Bündnisses werden nach Londoner Meldungen andere, immer dringendere, deutlichere Schritte unter Festlegung von knappen Antwortfristen folgen. Der „Secolo“ schreibt: Griechenland muß mit dem Verband marschieren oder sofort abtreten. Die Gesandten Englands und Rußlands haben dem Ministerpräsidenten Jaimis mitgeteilt, daß ihre Regierungen mit der Auslegung nicht einverstanden seien, die die griechische Regierung den aus dem Vertrag mit Serbien entspringenden Verpflichtungen gegeben hat.

Rumänische Truppenzusammenschließungen.

Wie Moskauer Blätter melden, hat die rumänische Regierung zahlreiche Truppenkörper von Galatz bis Jassy zusammengezogen. Ferner sind starke Truppenkonzentrationen in der Gegend auf Negotin beobachtet worden. Allem Ansehen nach will die rumänische Regierung hier auf einen Übertritt von Truppen, die den Kriegführenden Mächten angehören, vorbereitet sein. Auch an der ungarischen Grenze sind zahlreiche rumänische Truppenkörper zum Schutz der Grenze aufgestellt worden.

Ein Zaren-Manifest

Wir lassen es alle unsere treuen Untertanen wissen, daß der Verrat Bulgariens an der slawischen Sache, der seit Beginn des Krieges in perfider Weise vorbereitet, dennoch unmöglich schien, sich nun verwirklicht hat. Die bulgarischen Truppen haben unseren Verbündeten, das blutende Serbien, im neuen Kampfe mit einem stärkeren Feinde angegriffen. Rußland und die mit ihm verbündeten Großmächte hatten den König Ferdinand von Koburg von diesem verhehlten Schritt abzuhalten versucht, die Verwirklichung der alten Ideale des bulgarischen Volkes und die Angliederung Mazedoniens an Bulgarien auf einem anderen Wege sichergestellt, gemäß den Interessen des Slaventums. Allein die von Deutschland inspirierten geheimen und eigennütigen Pläne und der brüdermörderische Haß gegen die Serben haben triumphiert. Bulgarien unser Glaubensgenosse, durch die brüderliche Liebe und das Blut des russischen Volkes seit langem aus türkischer Knechtschaft befreit, hat sich dem Feinde des orthodoxen Glaubens, des Slaventums und Rußlands offen an die Seite gestellt. Das russische Volk erwägt mit Schmerz den Verrat Bulgariens, und blutenden Herzens zieht es sein Schwert gegen jene, indem es das Schicksal der Verräter an der slawischen Sache der gerechten Strafe Gottes anheimgibt.

Der Seekrieg.

Ueber die Unterseebootsgefahr in der Ostsee

verdreht Wolffs Bureau von zuständiger Seite dieses Telegramm: Gegenüber den in der Presse unserer Gegner verbreiteten weit übertriebenen Gerüchten über die Störung der Schifffahrt in der Ostsee durch feindliche Unterseeboote sei folgendes festgestellt: Erstens: Die vom russischen Generalstab gebrachte Mitteilung über das Versenken von sechs deutschen Transportdampfern beruht auf Erfindung. Es sind nur Handeldsdampfer versenkt, wie in der Presse gemeldet wird. Zweitens: Bei dem Versenken mehrerer der vorerwähnten Dampfer ist die schwedische Neutralität auf das größte Versehen verletzt worden. Drittens: Der Handelsverkehr vollzieht sich in übrigen wie bisher. In der Zeit vom 1. bis 15. Oktober sind in der Ostsee allein in sieben Küstenstädten, worunter zwei bedeutende Handelsorte, die wegen fehlender Daten noch nicht mitgerechnet sind, 1188 Handelschiffe abgefertigt. Von diesen liefen 568 ein und 620 liefen aus; ihre Gesamttonnage betrug 514 446 Registertons. Davon einlaufend 244 966 und auslaufend 269 480. Es sei hierbei ausdrücklich bemerkt, daß weder die Küstenschifffahrt der einzelnen Häfen, noch die Fährereizeuge, noch die örtlich verkehrenden Fahrzeuge wie Fähren usw. in den vorstehenden Zahlen enthalten sind. Viertens: Die von der deutschen Marine getroffenen Gegenmaßnahmen, über die Näheres nicht gesagt werden kann, lassen zuversichtlich erwarten, daß es den feindlichen Unterseebooten nicht gelingen wird, die Ostseeschifffahrt in erheblichem Umfange zu lähmen, geschweige denn ihr Ziel, die Unterbindung dieser Schifffahrt, zu erreichen.

Verfolgung englischer U-Boote.

Aus Trelleburg wird unterm 20. d. berichtet: Nach einer hier eingetroffenen Meldung wurde auf die Nachricht zweier deutscher U-Boote, daß sich bei der Stubbenkammer zwei eng-

Die Storthingswahlen in Norwegen.

Das Wahlergebnis in seiner Gesamtheit ist zwar noch nicht bekannt — es fehlt noch ein Kreis aus dem hohen Norden: Westfinnmarken, wo, wie die bisher eingelaufenen Einzelresultate versprechen, die Wahl eines Sozialdemokraten wahrscheinlich ist — aber trotzdem gibt es jetzt schon Anlaß zu einigen Betrachtungen. In den 122 Kreisen, aus denen das Resultat vorliegt, sind gewählt: 14 Sozialdemokraten gegen 8 bei der Hauptwahl 1912, 32 Liberale gegen 36, 10 Konservative gegen 15 und 2 Arbeiterdemokraten. In nicht weniger als 64 Kreisen macht sich eine Stimmwahl notwendig, in 16 davon steht unsere Partei an erster Stelle, was ungefähr gleichbedeutend mit der Behauptung dieser Kreise ist. Nach dem norwegischen Wahlgesetz nehmen nämlich alle Parteien mit ihren Kandidaten auch an der Stichwahl teil, und die relative Mehrheit entscheidet, während bei der Hauptwahl die absolute Mehrheit erforderlich ist, um als gewählt zu gelten. Wenn nun nicht zwischen Konservativen und Liberalen ein Uebereinkommen abgeschlossen wird — natürlich nur in den Kreisen, wo die Sozialdemokratie an erster Stelle steht — was allerdings nach den ungemein heftigen Angriffen der Konservativen gegen die Liberalen als ausgeschlossen gelten sollte, dann würde unsere Partei mindestens 30 Mann stark im neuen Storting vertreten sein. Aber allem Anschein nach wird man mit einem Zusammengehen der beiden bürgerlichen Parteien zu rechnen haben; denn die Konservativen betteln wie die armen Sünder um die Stichwahlhilfe der Liberalen, und diese werden natürlich ihr gutes Herz entdecken und dem „Feinde“ von gestern die helfende Hand reichen. Doch, sie mögen nur ruhig zusammengehen, an dem gewaltigen Fortschritt unserer Partei bei der Hauptwahl können sie nichts mehr ändern. Neben vier neuverlorenen Mandaten — je zwei von den Konservativen und Liberalen — denen der Verlust von einem an die vereinigten Gegner gegenübersteht, hat die Sozialdemokratie einen Gewinn von rund 70000 Stimmen zu verzeichnen, ein Erfolg, wie er bisher noch keiner Partei in Norwegen zuteil geworden ist. Bei den Wahlen im Jahre 1909 zählten nur 91268 sozialdemokratische Stimmen, drei Jahre später stiegen sie auf 125249 und diesmal sind es rund 195000. Damit sind wir der stärksten Partei, den Liberalen, die es auf rund 200000 Stimmen gebracht hat, hart auf den Leib gerückt und haben die Konservativen, die einen absoluten Stimmenrückgang zu verzeichnen und nur 162074 Stimmen erhalten haben, gegen 175388 bei der letzten Wahl, weit überflügelt. Damals waren sie die stärkste Partei, heute sind sie die schwächste, wenn man von einigen kleineren Gruppen, wie den „Arbeiterdemokraten“ und dem „Landmannsbund“, abseht.

Es kann nicht geleugnet werden, daß das Wahlergebnis manche Enttäuschungen gebracht hat. Besonders die Konservativen hatten es sich anders ausgerechnet und in der Erwartung des bestimmten in Aussicht stehenden Sieges schon die Frage disutiert, wie die kommende Regierung aussehen müßte. Aber es ist eben ganz anders gekommen, die Wähler haben diese schönen Berechnungen und Hoffnungen zunichte gemacht. Ihre Agitation war darauf angelegt, die Dummen und Aengstlichen einzufangen. Mit dem propagierten Korruptionsspekulierten sie auf die Stimmen der Bauern, und mit ihren grenzenlosen sogenannten Verteidigungsplänen vermeinten sie die Aengstlichen einzufangen. In Wirklichkeit aber hüpfen nur die Dummen auf den konservativen Leim.

Die Liberalen dagegen, denen es vor dem Wahlergebnis im stillen graute — trugen sie sich doch mit vollem Rechte mit hangen Ahnungen, weil sie eine strenge Abrechnung des Volkes zu befürchten Ursache genug hatten — ritten sofort wieder das hohe Pferd. Ihr unerbittlicher Erfolg, der ihnen wahrscheinlich wieder die absolute Mehrheit im Storting bringen wird, besonders wenn sie mit den Konservativen ein Stichwahlabkommen treffen, wälzte ihnen den

schweren Stein von ihrer treulosen Brust. Sie fühlten wieder Boden unter den Füßen; die Scheu der wankelmütigen bürgerlichen Bevölkerung, Klipp und klar Stellung zu der Rüstungsfrage zu nehmen, hat die Liberalen noch einmal gerettet. Die Unsicherheit, von der ihre Politik bisher geprägt war, kam auch bei der Wahl zum Ausdruck. Weber wollte man sich zu den riesigen Rüstungsforderungen der Konservativen bekennen, noch vermochte man sich aufzuraffen zu dem klaren und bei der Lage der Dinge einzig richtigen Standpunkte der Sozialdemokratie, welche alle Ausgaben zu Rüstungszwecken für nutzlos ansieht. Und so hat die Halbheit, welche zur Tradition in der liberalen Politik geworden ist, den Sieg davongetragen.

Daß unsere Partei einen bedeutenden Stimmenzuwachs erachtete, stand von vornherein ziemlich fest, daß er aber so groß werden sollte, konnte man nicht voraussehen; und die Gegner sind denn auch nicht wenig überrascht worden. Desto erfreulicher ist es für uns, die Werbekraft der sozialistischen Idee auch unter einer so kritischen Situation, wie die jetzige ist, konstatieren zu können. Aller Bangemacherei zum Trotz bekannten sich fast 200000 Wähler zum sozialistischen Programm und damit zur Forderung der sofortigen Abrüstung. Der große Erfolg unserer Partei läßt der Hoffnung Raum, daß der endgültige Sieg des Sozialismus in Norwegen in absehbarer Zeit erfolgen muß. Ganz zweifellos wäre aber unser Erfolg ein noch größerer, wenn die Ausübung des Wahlrechts in diesem Lande, besonders in der nördlichen Hälfte, nicht mit so ungemein großen Schwierigkeiten verbunden wäre. Für nicht wenige Arbeiter bedeutet nämlich die Teilnahme an der Wahl einen Verlust von zwei Arbeitstagen, denn in vielen Kreisen ist der Wahlort oft mindestens eine Tagesreise von dem Wohnort eines manchen Wählers entfernt. Und eine Reise im hohen Norden in der jetzigen Jahreszeit ist wahrlich kein Vergnügen. Daß unter diesen Umständen von der Wahlbeteiligung der Frauen erst recht keine Rede sein kann, ist klar. Deshalb ist die Wahlbeteiligung im allgemeinen auch recht schwach.

Die große Mehrheit der sozialdemokratischen Stimmen fällt in Norwegen auf dem Lande, d. h. in den Teilen, wo sich die Industrie breit gemacht hat. Aber auch zahlreiche Kleinbauern, Fischer und Heimarbeiter zählen zu den sozialdemokratischen Wählern. Während unsere Partei in den städtischen Wahlkreisen im ganzen nur etwa 86000 Stimmen erhielt, sind es in den ländlichen Kreisen gegen 110000. Und hier werden denn auch die meisten Mandate geholt, sind doch die vier neu eroberten sämtlich aus den ländlichen Wahlkreisen. In einzelnen dieser Kreise haben wir seit der Wahl von 1912 unsere Stimmenzahl mehr als verdoppelt, und in anderen stehen wir so, daß sie uns bei der nächsten Wahl ganz sicher zufallen müssen.

Kann irgend etwas die Freude herabstimmen, dann ist es vielleicht das Resultat in der Hauptstadt Kristiania. Hier sind unsere Hoffnungen getäuscht worden. Zwar sind die beiden bisherigen Mandate in unserem Besitz geblieben, sogar mit einer viel größeren Mehrheit als früher, allein zwei weitere Kreise, in denen bei der letzten Wahl die Konservativen die Mandate nur noch mit einer Mehrheit von 62 resp. 456 Stimmen retten konnten, sind trotzdem aus diesmal noch nicht von der Sozialdemokratie erobert worden. Und dabei ist der Kreis ein Arbeiterkreis und nirgends ist die Not größer, sind die Lebens- und Wohnungsverhältnisse schlechter als in Kristiania. Infolge der Erweiterung des Frauenwahlrechts, die doch hauptsächlich der arbeitenden weiblichen Bevölkerung zugute kam, mußte dieser Kreis eine sozialdemokratische Hochburg werden, von den fünf Mandaten Kristianas mußten wenigstens drei in den Besitz der Sozialdemokratie kommen. Trotz der Behauptung der bisherigen zwei Mandate — die anderen drei behielten die Konservativen — und eines Stimmenzuwachses von circa 10000, was jedoch durchaus kein absoluter Fortschritt ist, bedeutet der Ausfall der Wahl in Kristiania eine Schlappe für unsere dortigen Parteigenossen.

Die beiden in Kristiania gewählten Genossen sind der Vorsitzende der Gewerkschaftszentrale Ole Lian und der Parteisekretär Magnus Nilssen. Der erstere hat den bisherigen Vertreter des Kreises, den alten Genossen Chr. Hollemann-Knudsen, der vor kurzem seinen 70. Geburtstag feierte und auf eine Wiederwahl verzichtet hat, abgelöst. Das Amt des Parteivorsitzenden hat Genosse Knudsen jedoch beibehalten. In Stavanger ist der Oberlehrer, Genosse Gjølstein, in Trondhjem der Redakteur des dortigen Parteiblattes, Buen, gewählt, während in den vier Wahlkreisen der Stadt Bergen unsere Kandidaten in der Stichwahl stehen. Den nördlichsten Stadtkreis, Hamme, jezt am Nordkap, haben wir diesmal erobert; hier ist der Polizei- und Postmeister Genosse Finstad gewählt. Der Führer der Liberalen, Ministerpräsident Gunnar Knudsen, steht mit einem Sozialdemokraten in der Stichwahl, während der Führer der Konservativen, der vorige Ministerpräsident Bratlie, der dem letzten Storting nicht angehörte, in einem Kristianiaer Kreis gewählt ist. — Die Stichwahlen finden am 25. Oktober und am 1. November statt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Festsetzung der Butterpreise.

Wie verlautet, soll die in Aussicht genommene weitere Regulierung der Butterpreise darin bestehen, daß der Reichskanzler die Großhandelspreise für Butter am Berliner Markt festsetzt. Eine Butterfachverständigen-Kommission wird aller Voraussicht nach an diesen Zwangsnotierungen beratend mitwirken. Da die Markt- und Preisverhältnisse in den verschiedenen Gegenden des Reiches verschieden sind, werden die einzelnen Landesregierungen Abweichungen nach oben oder unten erlassen können. Über die Preisstellung bei den Produzenten und Zwischenhändlern werden besondere Vorschriften vom Reichskanzler erlassen werden. Größere Gemeinden, wahrscheinlich solche mit über 10000 Einwohnern, werden verpflichtet sein — kleinere Gemeinden und Kommunalverbände berechtigt — nötigenfalls für den Kleinhandel mit Butter unter Berücksichtigung der besonderen örtlichen Verhältnisse Preise festzusetzen. Die Landesregierungen können hier wieder unter den bestimmten Voraussetzungen die Höchst- und Mindestgrenze für die Festsetzung des Höchstpreises anordnen. Die Festsetzung der Preise soll in gewissen Zwischenräumen, etwa alle vierzehn Tage, neu erfolgen. — Wie weiter verlautet, soll eine Reihe von Verordnungen erlassen werden über den Fleischverkehr und Milchverkehr usw.

Amtlich wird durch WTB. gemeldet: Es ist nicht ausgeschlossen, daß die von den Zivil- und Militärbehörden getroffenen vorbereitenden Maßnahmen gegen die Steigerung der Butterpreise in Kürze eine Verminderung der Buttereinfuhr vom Ausland zur Folge haben werden. Da die Inlandsproduktion an Butter den einheimischen Bedarf bei der Menge des bisherigen Verbrauchs nicht deckt, ist mit dem Ausbleiben oder mit der Verringerung der Buttereinfuhr aus dem Ausland eine Knappheit an Butter auf dem Markte unvermeidbar. — Es darf im Interesse der Durchführung der auf dauernde Verbilligung der Butter hinzielenden Maßnahmen von der Einsicht der Bevölkerung erwartet werden, daß jedermann den zeitweiligen Mangel an Butter in Ruhe hinnimmt und daß insbesondere die besserbemittelten Bevölkerungskreise durch Einschränkung im Verbrauch die Wirkungen der Butterknappheit für die minderbemittelten Kreise zu mildern suchen werden. — Mit Bestimmtheit kann erhofft werden, daß die Knappheit in Kürze vorübergehen wird. — Alle Maßnahmen gegen wucherische Zurückhaltung der einheimischen Vorräte sind getroffen.

Friedemann Bach.

Roman von A. C. Brachvogel.

41. Fortsetzung.

Auf solchen Entdeckungstouren befand sich nun fast immer die Hälfte der Bande. Um nun aber ein Stützquartier zu errichten, in dem alle Nachrichten der Zigeuner sich vereinigen, von wo aus dieselben für alle Fälle an die österreichischen Generale gelangen konnten, hatte sich der gute, patriotisch gekündete Pfarrer von Dittersbach entschlossen, seine geistliche Würde außer Augen zu lassen und in seinem Hause ein Art geheimes Kontor für Nachrichten zu etablieren.

Ein bitterer Feind des feherischen Friedrich, empfing er alle Neuigkeiten vom Dadi und seinen Leuten, übersehte sie ins Griechische und sendete sie durch seine herrlichen Adreßknechte, die also ewig auf der Landstraße lagen, an die österreichischen Befehlshaber, welche sie durch den Feldkaplan übersehen ließen.

Friedrich II. wunderte sich oft, wie genau die Feinde unterrichtet waren, und wenn er dennoch glückliche Coups ausführte, hatte er's seiner entschlossenen Schnelligkeit und der Präzision seiner Truppen oft allein zu verdanken. Unter solchen Umständen nun nahm der Herr Pfarrer von Dittersbach die Zigeuner unter seine Fittiche, so daß sie von österreichischer Seite nicht das geringste für sich fürchteten.

Wenn der gute Pfarrer aber meinte, sich auf die Treue der Zigeuner verlassen zu können, irrte er sich gewaltig, und während ihm hier die Bewegungen der Preußen mitgeteilt wurden, verziet der Dadi inzwischen in Dresden die leiseste Schwenkung der Oesterreicher. Der Dadi wollte sein Metier ausüben, mußte er doch, daß das Ende des Krieges auch seinem Geschäft Eintrag tat, bei dem er seinen Haß so gut wie seine Habgucht befriedigte. Das Ende davon war, daß er dadurch von beiden Seiten das Schlimmste zu gewärtigen hatte, und Towadei fürchtete nicht mit Unrecht, daß eines Tages ein Wetter heraufsteigen werde, dem die Horde nicht gewachsen sei.

Von diesen Dingen hatte natürlich Friedemann keine Ahnung.

Die Eroberung Dresdens, die Flucht des Königs und Brühls nach Polen, die Wegnahme des Staatsarchivs, wie die Strenge, mit der Friedrich in Sachsen aufgetreten war, hatte ganz Europa zu einem Schrei des Schreckens und der Wut getrieben. Wie ein Wetter erhob sich die Meute seiner Feinde, um ihn zu vernichten und seine Länder unter sich zu teilen.

Das Deutsche Reich, schon zu einem sehr abstrakten Begriffe herabgesunken, gab einmal ein seit lange nicht mehr dagewesenes Lebenszeichen: es tat Friedrich II. von Frankfurt aus in die Reichssacht. Alle Mittel wurden aufgewendet, um Preußen in den Verdacht der Völgerei und Eroberungsjucht zu bringen.

Hierauf antwortete Friedrich nur durch das bekannte Mémoire raisonné, vom Legationsrat von Herberg verfaßt, worin die diplomatischen Aftenruder seiner Feinde über den Teilungsplan Preußens veröffentlicht wurden. Agarratti trat als politischer Reklamist und Kämpfer für seinen königlichen Freund auf, und die öffentliche Meinung wendete sich langsam, aber deshalb um so nachdrücklicher, auf Friedrichs Seite.

Inzwischen begann der Stern Friedrichs langsam zu erbleichen. „Das Glück ist ein Frauenzimmer und ich bin nicht galant!“ sagte er. — Wie Keulenschläge fielen äußere Mißgeschick: und jede Art geistigen Wehs auf Friedrichs Seele. Seine letzte glückliche Schlacht bei Prag löschte ihm auch seinen liebsten Freund, Schwerin.

Diem ersten Anfall folgt: der Tag von Collin, und zu Friedrichs Schmerz um die verlorene Schlacht gestellte sich die Nachricht vom Tode seiner Mutter. — „Die Philosophie ist gut, um vergangene oder künftige Uebel zu mildern, aber wider gegenwärtige kommt sie nicht auf!“

Die Russen, 100000 Mann stark, dringen unter Sewald ins Herz von Preußen, die Schweden stürzen sich auf Pommern, und im Süden und Westen sammeln sich Franzosen, Oesterreicher und mitteldeutsch: Truppen, um die Reichsexekution gegen Friedrich zu vollziehen.

Marshall d'Estrees schlug demnachst die verbündeten Hannoveraner unter Cumberland bei Hastenbeck unweit Hameln. Die Kaiserlichen unter General Haddit aber rückten voll kühner Energie mit nur 4000 Mann gegen Berlin und zwangen die Residenz Kontribution zu zahlen. Preußens Untergang schien beinahe.

Habsburg, das sich von je gerührt, Träger Deutschlands zu sein, bot nicht allein die Russen, nein, selbst die Franzosen auf und warf sich ihrem Uebermut, der vom Volke ebenso gehaßt wie verachtet ward, vertrauens in die Arme. Bereits hatte sich die öffentliche Meinung dem Rechte Friedrichs zugewendet, und als er, gleich einer Windsbraut, herzuwehte und die Franzosen unter Soubise bei Kopsbach total aufs Haupt schlug, da brach des ganzen deutschen Volkes Begeisterung, das ihn als Träger seiner Sache anah, in helle Flammen aus:

„Und wenn der große Friedrich kommt
Und klopf nur auf die Hosen,
So läßt die ganze Reichsarmee
Panduren und Franzosen!“

Sofort wandte sich England erntlich dem preußischen Bündnisse zu, und Pitt, den erst aus Rußland gelangt, unterstützte Friedrich. Doch dieser so glänzende Erfolg war nur vereinzelte, ja er erbitterte des Königs Feinde nur noch mehr. Das Geschick schien ihm nichts eriparen zu wollen, es trieb ihn bis auf die äußerste Grenze menschlichen Schmerzes, bis zum höchsten Gipfel

des Glends, um ihn desto strahlender mit dem Diadem des Ruhmes zu schmücken.

Wenn man das Glend und Verderben überschaut, das in den beiden Jahren 57 und 58 über ihn hereinbrach, so kann man nicht begreifen, wie eine menschliche Natur das auszuhalten, noch weniger, wie sie sich durch daraus hervorzugetragene Umstände war.

Den Prinzen Heinrich an der Saale gegen die Franzosen zurücklassend, eilt Friedrich nach dem bedrohten Schlesien, findet Winterfeld an seinen Götterknechten verendend, den Herzog von Brecken geschlagen und Verstän, insof. Verrats von Seiten des Erbprinzen Schaafgotth, von den Oesterreichern genommen.

Hohn und Demütigung aller Art floß von den Gascagnerlippen der Feinde und heindelste die Berliner Wachparade, als der Tag von Leuthen andrach, die französischen Generale bei Lissa gefangen wurden und Schlesien gerettet ward!

Wie glücklich Friedrich nach diesem Tage war, beweist der Brief an seinen Bruder Heinrich, der mit den Worten beginnt und schließt: „Mein liebes Herz!“

Breslau und Schweidnitz waren wiedererobert und Friedrich, als Sieger von unaussprechlicher Mühseligkeit, sendete an Maria Theresia ein Verbilligungsschreiben.

Es trauete nichts, der Haß einer Frau ist zu zübe. Die kaiserliche Fellewa wandte Preußen nochmals den Rücken. Die Osmäher Belagerung mußte Friedrich aufgeben, nachdem ihm der ganze Belagerungspart vernichtet worden, er zog sich nach Böhmen zurück, um seine Kräfte zu erholen.

Inzwischen waren die Russen auch nicht müßig gewesen und, nachdem sie das nördliche Preußen verwüstet, machten sie sich unter Fermor an die Festung Küstrin. Das Erscheinen des Königs aber zwang sie, ihr Vorhaben aufzugeben, drängte sie zur Schlacht und vernichtete sie bei Jorndorf. Darauf wendete sich Friedrich nach Sachsen. Er eilte den beiden künftigen Tagen seines Lebens zu, seinen Hamletsstunden.

Der Heberfall bei Hoogkirch! Keith fiel und zugleich mußte der König seine Lieblingschwester, die schöne und geistreiche Markgräfin von Baireuth, herbeilen. Der Selbstmordgedanke kam über ihn! — „Ich führe bei mir, was mich tröstet!“

Mühsam von diesem Schlage sich aufrichtend, silte er nach Schlesien, um Neiß, dann nach Sachsen, um Dresden zu entscheiden. Di. Reichsarmee hatt: diese Reibden herant, und Schmettau, der es mit den Preußen heicht hielt, drohte die Vorstädte anzudeckung. Da dann dies nur für eine Drohung hielt und zur Belagerung schreiten wollte, machte der preussische Befehlshaber seine Anündigung wahr und ließ obenin den Oesterreichern sagen, daß er sich Straße um Straße verteidigen und einen Schutthaufen zwischen sich und dem Feinde lassen würde. — Als Friedrich zum Entschluß kam, zog sich dann zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Das Ausfuhrverbot für Postkarten.

Der „Reichsanzeiger“ gibt folgende Aenderung des bereits mitgetheilten Ausfuhrverbotes für Postkarten bekannt: Es wird verboten die Ausfuhr und Durchfuhr von Postkarten mit Abbildungen von Städten, Stadtteilen, geographisch genau bestimmbarcn Ortschaften und Landschaften, besonders hervorragenden Baulichkeiten und Denkmälern Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Türkei und der von den verbündeten deutschen, österrcich-ungarischen und türkischen Heeren besetzten feindlichen Gebiete. Das Verbot umfasst auch die zu Postkarten vorgerichteten Drucke (halbfertige Postkarten, auch in ganzen Bogen). Ausnahmen: Postkarten mit Abbildungen von Städten, Stadtteilen, geographisch genau bestimmbarcn Ortschaften und Landschaften, besonders hervorragenden Baulichkeiten und Denkmälern Oesterreich-Ungarns können nach Oesterreich-Ungarn, der Türkei in die Türkei, den besetzten Gebieten des Westens nach dem Westen und des Ostens nach dem Osten ausgeführt werden. Nicht unter das Verbot fallen Sendungen im Feldpostverkehr und an Truppenkörper oder Militärbehörden in feindlichen Gebieten.

Dänemark.

Die Ausfuhr von Butter ist beschränkt worden. Auf Antrag der Interessenten hat das dänische Ministerium angeordnet: „Die Ausfuhr von Butter, Rahm und Süßmilch aus Dänemark kann bis auf weiteres nur durch die vom Landwirtschaftsministerium dazu ermächtigten Ausfuhrbetriebe unter den für die Ausfuhr näher vorgeschriebenen Bedingungen stattfinden mit der Maßgabe, daß dem Bedarf der einheimischen Verbraucher gehörig Rechnung getragen wird.“ Diese Bestimmungen sind sogleich in Kraft getreten. Durch ein besonderes Kontor in Kopenhagen soll die Durchführung genau überwacht werden.

Schweden.

Butterausfuhr-Verbot. Die Regierung hat ein Ausfuhrverbot für Butter erlassen, die nicht mit dem amtlichen Runenkempel versehen ist. Es wird beabsichtigt, in kurzer Zeit alle Butterausfuhr zu verbieten und Lizenzen einzuführen.

Zum Hohenzollern-Jubiläum.

Am heutigen 21. Oktober sind 500 Jahre verflossen, seitdem ein Burggraf von Nürnberg aus dem Hause der Zollern vom Kaiser Sigismund mit der Mark Brandenburg belehnt wurde. In der Vörsprechung eines Buches von Prof. Dr. Hünge, das aus diesem Anlaß erschienen ist, führt Friedrich Curtius im Literaturblatt der „Frankfurter Zeitung“ das folgende aus: „Charakteristisch für die ganze Entwicklung des preussischen Staates und folgenreich bis in die Gegenwart ist die Begründung der Hohenzollernherrschast im Kampfe und dann im Ausgleich mit dem märkischen Adel. Das Verständnis dieser Entwicklung wird durch eine vorzügliche Darstellung der alten Agrarverfassung der Mark, sowie der „feudalen Auflöserung des Staatsverbandes“ durch die Immunitäten und die Entziehung patrimonialer Obzigeiten (in dem Hünge'schen Buche, S. 106.) vorbereitet. Die Monarchie der Hohenzollern hat die Einheit des Staates hergestellt, aber die neue Ordnung läßt auf Jahrhunderte hinaus die Nachwirkung des Mittelalters erkennen. Wohl machte die schwere Artillerie des Burggrafen Friedrich, der auch die letzten Schlösser nicht widerstand, die Aufrichtung der Monarchie erst möglich. Aber die Unterthanen kamen doch keineswegs in die Lage, sich in ihrer Gesamtheit auf Gnade und Ungnade zu ergeben. Vielmehr schloßen sich an den Sieg der Waffen sehr bald Verhandlungen an. Nicht leichtlich auf gewaltthätiger Unterwerfung, sondern auf Zugeständnissen und Verträgen bezuhen das neue Verhältnis der Hohenzollern zu dem Adel der Mark Brandenburg. Dieses verträglichste Element hat dem Verhältnis der Krone zu dem Adel seinen Charakter gegeben. Während alle anderen Kreise der Gesellschaft dem Landesherrn inlehdlich unterworfen waren, war sich der Adel bewußt, daß sein Verhältnis zur Krone ein Vertragsverhältnis sei, das ihn für die geleisteten Dienste zu Gegenleistungen berechtigt. Auch in den Kämpfen des Großen Kurfürsten mit den Ständen wurde der Adel „nur selten zurückgedrängt, daß die Bahn für die Machtpolitik des neuen militärischen Großmächtes frei wurde. Seine sozialen Vorrechte wurden ihm belassen und zum Teil aufs neue befestigt.“ „Man darf sich“, sagt Hünge, „den Sieg der herrschenden Verfassungen nicht so denken, als sei die monarchische Gewalt mit den unteren Klassen im Kampfe gewesen“. Die Leibeigenschaft blieb überall, wo sie herkömmlich war, bestehen, und man schob dem Landmann die freie Freiheit behauptete, die Gemeinlast zu. Die Erbuntertänigkeit löst sich für die Disziplin der Armee ein Vorteil. Der landliche Reform trat den Junker, den er von Kindheit an als seinen Herrn betrachtet hatte, im Heeresdienst als Vorgesetzten wieder. Ihm zu gehören, brauchte er nicht erst zu lernen. So betrachtete auch Friedrich der Große die Adelsformationen als die Fundamente und Säulen des Staatsgebäudes.“ Tatsächlich war nach Hünge's Ansicht eine eigentümlich preussische Staatsregierung zuerst im Ostpreussenslande und durch diesen im Adel vorhanden und hat sich erst später den anderen Ständen mitgeteilt.

Seit dem Verzicht auf eigene Politik hat der Adel mit um so größerer Energie seine wirtschaftlichen Interessen verteidigt. Bei der Einführung der Skije gelang es ihm, sich dem neuen Steuerregime zu entziehen, so daß dieses auf die Städte beschränkt blieb. Auch die Reform Friedrich Wilhelm III. zeigt die Jaghaftigkeit und Gebundenheit der Krone gegenüber dem Adel. In der Zeit von 1799 bis 1806 sind auf den Domänen, wo die Regierung frei waltete, 30 000 hennische Barren und viele kleinere durch Auflösung der Grundbesitze freie Eigentümer geworden, mehr als später von 1816 bis 1850 auf den Rittergütern. Nach dem Wiener Frieden nötigte Preußens Lage zwischen dem Großrussenreich, Frankreich und dem Kaiserreich Neapel, wo Napoleon die Leibeigenschaft abgeschafft hatte, zur Erklärung der persönlichen Freiheit durch das Edikt vom 9. Oktober 1807, aber die Freiheit des bürgerlichen Vermögens wurde damit nicht gegeben. Vielmehr ist die sogenannte Regulierung später in einer Weise erfolgt, die nur den größeren landwirtschaftlichen Besitzern den Behaltens zugute kam, während die Kleinbauern von der Möglichkeit der Verdrängung ausgeschlossen blieben. Diese lagen nunmehr vor, ihre Stellen aufzugeben, wodurch es den Grundbesitzern möglich wurde, das freiliegende Land einzunehmen und an Stelle der Kleinbauern Gutshöfe einzuführen, die in Naturalien abgablos und durch lange Kontrakte gebunden wurden. Auf diese Weise sind über 100 000 kleine bäuerliche Wirte allmählich verschwand. Der Bauerntand ist an Zahl wie an Reichthum fast gänzlich aus der Regulierung hinweggegangen, während die Rittergüter sich vergrößerten und abwanderten. Nach im Beginn der Regierung König Wilhelm I. dringte die Heranziehung des Adels zur Grundsteuer an dem Wiedereintritt des Herrschaftsbesitzes zu wahren und konnte nur bei wiederholtem Drängen der Regierung schließlich durchgesetzt werden. Später hat dann der auf dem Vertragsverhältnis beruhende Anreiz des Grundbesitzes entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung eine rein finanzielle Gestalt angenommen und sich in Forderungen an die Wirtschaft- und Politik des Staates umgewandelt. So hat die Sache gewissermaßen ihren abgeklärten Aus-

Zum Lebensmittelwucher.

In einer ganzen Anzahl nordwestdeutscher Bezirke sind in den letzten Tagen die Milchpreise wieder um 2 bis 6 Pfg. gesteigert worden. Dabei ist die Weidewirtschaft der Kühe noch nicht beendet, und von einer Futtermittelknappheit kann bei den reichlichen Beständen von getrocknetem Futter hier wenigstens nicht geredet werden. Die kippische Regierung ließ den Gemeindevorständen zur Bekämpfung der entstehenden Milchnot zugehen.

Ueber den Zuckerwucher wird dem „Berl. Lokal-Anz.“ geschrieben:

„Von den Lebensmitteln, die in Deutschland erzeugt werden, gehört bekanntlich der Zucker zu denjenigen, woran wir große Ueberschuß haben. Deutschland ist nicht in der Lage, annähernd so viel Zucker zu verbrauchen, wie es erzeugt, und wiederholt haben sich Regierungenstimmen vernehmen lassen: die Bevölkerung möge mehr Zucker essen, der Ueberschuß sei groß, zumal der Export vielfach unterbunden ist. Die Kübenernte war im Vorjahre außergewöhnlich groß und ergiebig, in diesem Jahre verspricht sie einen Rekordsertrag zu liefern. Trotzdem ist der Zucker, an dem wir so großen Ueberschuß im Lande haben, seit vorigem Jahre um über 25 Prozent gestiegen. Im Berliner Kleinhandel kostete der Zucker vor dem Kriege das Pfund rund 22 Pfg., jetzt rund 30 Pfg. Warum? — Nun das Gegenbild. Die größte Zuckerraffinerie befindet sich in der Altmark. Sie zahlte zuletzt 20 Prozent Dividende gegen 10 Prozent im vorhergehenden Jahre. In diesem Jahre verläuft noch nichts Näheres über die Dividende, doch wird ein geradezu fabelhafter Satz genannt. Die Fabrik hat dabei billige Arbeitskräfte; in der gewaltigen Raffinerie arbeiten Hunderte von Russen. Billige Arbeitskräfte, ungeheuer viel Rüben, ungeheuer viel Zucker — und trotzdem Preistreiber!

Hier ist also auch etwas zu tun für die „Reichsprüfungsstelle“.

Die preussische Ausführungsverordnung für die Kartoffelversorgung ist erschienen; sie regelt den Verkehr zwischen den Kommunalverbänden und der Reichsprüfungsstelle. Zu § 7 der Bundesratsverordnung, der die Kartoffelerzeuger mit mehr als 10 Hektar Kartoffelbauverpflichtet, 10 v. H. ihrer gesamten Kartoffelernte bis zum 29. Februar 1916 zur Verfügung des Kommunalverbandes zu halten, wird bestimmt: Der Zweck der Verordnung ist, die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu angemessenen Preisen zu jeder Zeit und an jedem Orte bis zum kommenden Frühjahr sicher zu stellen. Die weitere Versorgung ist in der Verordnung nicht geregelt worden. Der Erlaß von Bestimmungen im Sinne des § 7 Abs. 3, über die Durchführung der erwähnten Verpflichtung der Kartoffelerzeuger bleibt vorbehalten. Die Festsetzung des Entschignungspreises erfolgt durch den Landrat, in Stadtkreisen durch den Gemeindevorstand. Auf Beschwerde entscheidet der Regierungspräsident, in Berlin der Oberpräsident.

Die Städtische Kartoffelversorgungsstelle Düsseldorf gibt jetzt erstmalig die Engros-Höchstpreise für Kartoffeln bei Abnahme von mindestens 10 Zentnern bekannt. Sie betragen für die erste Sorte 4,60 Mk. und für die zweite Sorte 4,50 Mk. pro Zentner, lieferbar frei Keller des Verbrauchers. Bei Mengen unter 10 Zentner erhöht sich der Preis um je 20 Pfg. pro Zentner. Die Kartoffelhändler werden sich über diese Höchstpreise, die viermal so hoch als die Kartofelpreise normaler Zeiten sind, nicht beschwert fühlen, viel höher können die Preise auch ohne städtische Bemühung nicht getrieben werden.

Das Generalkommando des 2. Armee-Korps in Stettin hat, nachdem trotz aller Warnungen die Preise für die notwendigen Lebensmittel stetig steigen, für den Bereich des 2. Armee-Korps angeordnet: Die Oberbürgermeister beziehungsweise Landräthe haben binnen drei Tagen Kommissionen einzusetzen, die die Preisbildung zu überwachen und Ueberschreitungen anzuzeigen haben. Die Wassereigenumschaften haben sollen Einblick in die Geschäftsführung zu gewähren. Die Preisbildungsprüfung erweist sich ferner auf den Kleinhandel für Kolonialwaren und Kartoffeln und darauf, ob die Selbstverarbeiter bei den kleinen Mühlen nicht überverteilt werden. In besonders schweren Fällen ist beim Generalkommando Geschäfts-achtelung zu beantragen.

Im Ministerium des Innern zu Dresden traten am Dienstag sämtliche 25 sächsischen Amtshauptleute zu ihrer Beratung über die Lebensmittelveruerung zusammen. Es soll über Maßnahmen beraten werden, um endlich der fortgesetzten Preissteigerung von Butter, Milch, Kartoffeln und Fleisch entgegenzutreten zu können.

Die deutsche Gesellschaft für Bevölkerungspolitik

hielt am Montag im Plenarsaal des preussischen Abgeordnetenhauses ihre erste Versammlung ab. Der Vorsitzende, Prof. Dr. Julius Wolf-Berlin wies auf die Gefahr hin, die in der Vermehrung der russischen Bevölkerung liege. Diese vermehre sich jährlich um 3 bis 4 Millionen, die deutsche hingegen nur um 800 000. Die Einwohnerzahl Rußlands betrage 180 Millionen, die Deutschlands 68 Millionen. Ohne die Unerschöpflichkeit des russischen Menschenmaterials vor Augen zu haben, hätte Rußland kaum gewagt, den Krieg zu erklären. Das Dankeschreiben der russischen Ueberschuldung liege immer mehr über uns, zumal der deutsche Geburtenüberschuß nach dem Kriege noch mehr zurückgehen dürfte, als bisher. Von der französischen Geburtenziffer trenne uns keine allzugroße Differenz mehr. Trotzdem habe bei uns das bevölkerungspolitische Eingreifen Gegner. Das Alter des heiratenden Mannes in Preußen betrage durchschnittlich 29 Jahre. Die Folge sei in vielen Fällen Kinderlosigkeit dieser Ehe. Eine wesentliche Ursache der zunehmenden Chelofigkeit liegt in der schlechten Wohnungsverhältnisse. Der kühnere Familienvater werde durch die Verteuerung aller Lebensmittel höher beherrschet als der kinderlose und ledige Mann. Ein längerer Feldzug gegen die Geschlechtskrankheiten und eine Verminderung der Kindersterblichkeit würde zur Bevölkerungsvermehrung wesentlich beitragen. Auch eine gesunde Siedlungs-politik würde die vermehrte Chelofisierung bewirken. Abg. Ballermann bezeichnete die Bevölkerungsvermehrung für uns notwendig, als dieser Krieg aller Wehrschmählichkeit nach nicht der letzte sein würde. Notwendig seien in erster Reihe soziale Maßnahmen. — Der Vorsitzende des Zentralrats der Deutschen Gewerkschaften, Gustav Hartmann, betonte, im Hinblick auf die politische Uebermacht der Feinde Deutschlands sei der dringende Wunsch einer Verminderung unserer Postkraft vorzuziehen. Hierbei müsse die moderne Kriegerarmee, oft kinderlose Eheleute, nicht außer Acht gelassen werden. Auch die Frage für die Lebenshaltung, insbesondere die Lösung der Wohnungsfrage seien von hoher Bedeutung. In weiterer Hinsicht sei eine umfassende Reorganisation und Säuglingsfürsorge. Ferner seien die Arbeitsbeschäftigungen für Jugendliche und Arbeiterinnen eine dringende Notwendigkeit. Die Wirksamkeit der Arbeiterorganisationen in der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik sei von größter Bedeutung. Die harte Kriegszeit habe den Wert der Arbeiterorganisationen klar erkennen lassen; sie seien die besten Organe, die die Gedanken der Gesellschaft in den Arbeiterschaften verbreiten. Die Arbeiterorganisationen werden unterstützen, wo es gelte, die Kraft und den Wert unserer Volksgenossen zu fördern. — General der Infanterie z. D. v. Elm e be-

grüßte die Begründung der Gesellschaft als im Interesse der Volkswirtschaft liegend. — Abg. v. Zedlitz-Kenkirch bemerkte, er könne dem „Vorwärts“ nicht widersprechen, der betont, daß die vermehrte Berufstätigkeit der Frauen ein Hindernis der Kinderzucht bilden. Es sei deshalb notwendig, bessere soziale Verhältnisse zu schaffen. — Abg. Dr. Naumann: Die Bevölkerungsvermehrung sei ein noch sehr dunkles Problem. Die weibliche Berufstätigkeit könne aber kaum ein wesentliches Hindernis zur Kinderzucht bilden, denn auf dem flachen Lande, auf dem die Frauen fast sämtlich eine Berufstätigkeit ausüben, sei sie am stärksten. Die größte Kinderlosigkeit sei bei den niederen und höheren Ständen und den höheren Ständen im allgemeinen vorhanden. Allerdings können bessere soziale Verhältnisse bedeutend mehr nützen als die Befreiung von Begrüßungstelegrammen. — Sanitätsrat Dr. Staetzer, Vorsitzender der Preussischen Ärztekammer erklärte, daß die gesamte deutsche Ärzteschaft die Notwendigkeit einer Bevölkerungsvermehrung anerkenne. — Prof. Dr. Meißner-Breslau wies darauf hin, daß die Geschlechtskrankheiten in erheblichem Maße zur Vermehrung der Chelofigkeit und Kinderverminderung beitragen. — v. Behr-Pinnau verlangte die Gewährung von Stipendien, Verbesserung des Mutterhauses auch für Mütter unehelicher Kinder. — Es kamen dann noch andere Redner zum Wort, u. a. auch Abg. Seydebrand, der mehr an die moralische und religiöse Pflicht appellierte. — Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Aus Nah und Fern.

Zur Warnung. Gegen einen Lebensmittelvertreuer schritt in Saarbrücken die Behörde in scharfer Weise ein. Der Fall ist geeignet, allgemein zur Warnung zu dienen. Der Großhändler Georg Walsch in Saarbrücken hatte für Butter sehr hohe Preise gefordert, so daß sich die Preisprüfungsstelle zu einer Untersuchung des Falles entschloß. Walsch gab nun an, er hätte für seinen in dem städtischen Schlachthaus lagernden Buttervorrat von 139 Zentnern selbst 2,38 Mk. für das Pfund im Einkauf zahlen müssen, und legte zum Beweise seiner Behauptungen auch die Rechnungen, die auf diesen Preis lauteten, vor. Die Behörde schritt jedoch auch zur Beschlagnahme seiner Bücher, und hierbei wurde festgestellt, daß die vorgelegten Rechnungen nur zur Täuschung der Behörde angefertigt waren. Der wirkliche Einkaufspreis war wesentlich geringer, er betrug nur 2,04 Mk. für das Pfund im Durchschnitt. Walsch hatte also den Einkaufspreis um 31 Pfg. für das Pfund Butter zu hoch angegeben, um seine hohen Verkaufspreise zu rechtfertigen. Da durch diese Handlungsweise seine Unzuverlässigkeit in bezug auf den Handel mit Lebensmitteln erwiesen war, verfügte die Behörde auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 23. September 1915, daß dem Walsch der Handel mit Butter, Käse und Eier, auf welche Waren sich sein Geschäft erstreckte, untersagt wird. Diese Strafe wird nicht verschlen, auf die Lebensmittelvertreuer eine heilsame Wirkung auszuüben.

Deutschniederländer Priester. Wie die „Straßburger Post“ mitteilt, ist dem Erzpriester Wagner von Diederhofen von der Kommandantur sein Geburtsort Bidingen bei Wekerwiese als Aufenthaltsort angewiesen. Auf die Frage, weshalb er auf der Kanzel nie patriotische Worte finde, soll er geantwortet haben: Er habe auf der Kanzel das Wort Gottes und nicht deutsche Siege zu verkünden.

Der internationale Speckjammchen. In der Gemeinde Bunde an der holländisch-deutschen Grenze liegt ein Bauernhof zu einer Hälfte auf holländischem zur anderen auf deutschem Gebiet. Die Grenze zieht sich quer durchs Haus, dessen Ausgang auf der einen Seite vor holländischen, auf der andern von deutschen Soldaten bewacht wird. Welch eine prächtige Gelegenheit um zu schmuggeln! Dies tut die Bäuerin denn auch, aber in sehr bescheidenem Maße; sie schmuggelt nämlich Speckjammchen, die sie aus ihrem holländischen Mehl und schon durchwachsenem Speck in ihrer auf holländischem Gebiet liegenden Küche backt und dann, durch den Gang, den auf deutschem Gebiet harrenden deutschen Soldaten zur Abgabe verabreicht. Das deutschniederländische „Allgemeine Handelsblatt“ in Amsterdam, das deshalb das Hungergeld schon aus allen Ecken und Enden von Niederrand gründen sieht, richtet an die Regierung die Frage, ob sie es nicht für angezeigt halte, die holländischen Jammchen, durch ein Ausfuhrverbot, dem teuren Vaterland zu erhalten.

Eisenbahnunfall in Frankreich. Ein Sonderzug mit auf Urlaub befindlichen rekonvaleszenten Soldaten ist infolge Bruches einer Kupplung beim Tunnel von Saint Privat entgleist. Einige Eisenbahnwagen fielen in eine Schlucht; sechs Soldaten wurden getötet und zahlreiche verwundet.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



Denkt an uns sendet Galem Aleikum Galem Gold Sigaretten Willkommenste Liebesgabe! Preis No 3 1/2 4 5 6 8 10 3 1/2 4 5 6 8 10 Pfg. d. Stck. 20 Stck. feldpostmässig verpackt portofrei! 50 Stck. feldpostmässig verpackt 10 Pf. Porto! Orient. Tabak u. Cigaretten-Fabr. Yenidze Dresden Jnh. Hugo Zietz Hoflieferant S.M.d. Königs v. Sachsen Trustfrei!